

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13808. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,00 Mk., bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk., Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeldkäste und alle Postanstalten entgegen.

Die Rüstungen der Gegenrevolution. Geheime Zellfreiwilligen-Organisation in Verbindung mit der Orgech.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit:
Einem Gegenstück zu der kommunistischen Kampfororganisation, welche vor einiger Zeit das außerordentliche Gericht für den Bezirk des Reichswehrgruppenkommandos I beschäftigte, ist die Berliner Polizei auf die Spur gekommen. Auf Grund eingehender Ermittlungen und zahlreicher Hausdurchsuchungen gelang es der Abteilung IA des Polizeipräsidiums, Beweise dafür zu erhalten, daß eine frühere Zellfreiwilligen-Organisation trotz ihrer formellen Auflösung im geheimen noch fortbesteht. Als Hauptschuldiger kommt der Hauptmann a. D. Hubert Postelmann in Betracht, der die einzelnen Kompanien des ehemaligen Zellfreiwilligen-Regiments 6 unter verschiedenen Decknamen, wie „Sportverein“, „Schwimmklub“, „Stammlich“, „Vaterländischer Verein“ usw. in ein sogenanntes „Notwehr-Regiment“ zusammengeschloß hat. Eine Betätigung dieses Regiments, etwa in Form von militärischen Übungen, ist nicht festzustellen. Ebenso wenig hat sich bisher ergeben, daß das Regiment oder seine Angehörigen irgendwelche Waffen besitzen. Postelmann hat sich der ihm drohenden polizeilichen Festnahme durch die Flucht entzogen; Fahndungsmaßnahmen sind im Gange.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Ermittlungen hat die Polizei Kenntnis bekommen von einer jüngst ins Leben getretenen Escherich-Organisation. Bei den erwähnten Hausdurchsuchungen stießen die Polizeibeamten die Sagen des am 6. 9. 1920 gegründeten „Berliner Heimatverbands“ in die Hände, der statutengemäß korporatives Mitglied der Organisation Escherich ist. Zu den Unterzeichnern der Satzung gehört der genannte Hauptmann Postelmann und außerdem eine Reihe anderer ehemaliger Offiziere mit teilweise sehr bekannten Namen.

Die Mitglieder sowohl des Notwehr-Regiments als auch des Berliner Heimatverbands werden sich demnach vor dem Strafrichter, d. h. dem zuständigen außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I zu verantworten haben, und zwar wegen Teilnahme an Verbänden militärischer bezw. polizeilicher Art, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. 5. 1920 unter Strafe gestellt ist.

Nach Abschluß der vorläufigen polizeilichen Ermittlungen ist die Staatsanwaltschaft mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit beauftragt worden.

Der Berliner Polizeipräsident ist weit entfernt davon, den ausgedehnten Organisationen eine übertriebene Bedeutung beizumessen, die zu politischen Vorantsetzungen Anlaß geben könnte. Das Vorzeichen an den genannten Verbänden rechtfertigt sich — ebenso wie das frühere Einschreiten der Polizei gegen die kommunistische Kampfororganisation — lediglich dadurch, daß in dem Bestehen derartiger Organisationen, gleichviel auf welchem Boden sie erwachsen, eine strafbare Handlung erblickt werden muß, die zu verfolgen Unterpflicht der Polizei ist.

Die Bemerkungen des Polizeipräsidiums zu der Mitteilung sind bemerkenswert. Sie klingen wie eine Entschuldigung, daß die Polizei die ehrenwerten Mitglieder der besagten Rechtsputzformationen überhaupt zu beschäftigen wart und geben dem Gericht im voraus zu verstehen, daß es die Beschuldigten nicht hart anfallen soll. Daß der Hauptmann Postelmann stützen konnte, ist natürlich nur ein Zufall, aber ein etwas auffälliger.

Das wichtigste an der Meldung ist die Tatsache, daß eine enge Verbindung zwischen dem Regiment Notwehr und der Orgech aufgedeckt wird. Escherich schwört Stein und Bein, daß seine Organisation auf dem Boden der Verfassung stehe. Dabei sind seine „ehrenwörtlich“ verpflichteten Unterführer dabei, gegen das Gesetz militärische Formationen aufzurichten, wovon der Anschuldsengel Escherich offenbar nichts weiß. Wägen, wohin man nur greift!

Die Versicherung, daß diese Formationen keine Waffen haben, wird sehr wenig Glauben finden. Man wird eingehende Auskunft darüber fordern müssen, was die Polizei getan hat, um den Besitz von Waffen festzustellen, bezw. auf welchem Wege sie zu ihrem negativen Ergebnis gekommen ist.

Berlin, 1. Dezember. Gleichzeitig mit dem Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen das Fortbestehen einer Anzahl von Freiwilligenformationen sind im ganzen Reich ähnliche Aktionen im Gange. So wurden bei den „Selbstschußorganisationen“ in Mecklenburg, beim Jungdeutschen Orden in Hessen und andern Vereinigungen Hausdurchsuchungen abgehalten. Das Vorhandensein von Waffen hat man nicht feststellen können.

Die bürgerliche Schutzgarde der Hohenzollern.

Sturmjungen in der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung kam es zu erregten Sturmjungen bei der Behandlung des Antrags Heilmann (Soz.), der eine Entschädigung der Hohenzollern ablehnen will. Der Deutschnationale Dr. Kaufmann hielt eine heftig reaktionäre Rede, daß die Empörung der Dinken dauernd liege. Als der Redner vom Finanzminister Rüdemann und seinen jungen Leuten sprach, sagte ein so tosen-

der Därm auf der Dinken ein und erdörnten unablässig Schluf-rufe, daß sich der Präsident keine Ruhe verschaffen konnte und die Sitzung auf längere Zeit verlagert wurde. Erst nach einer Viertelstunde konnte die Sitzung wieder eröffnet werden. Der Antrag Heilmann sowohl als auch unser Parteil, die Hohenzollern ohne Entschädigung zu lassen, wurde abgelehnt.

Der Verleumdungsminister.

Die Angst vor dem Eingeständnis der Ernährungskatastrophe. Wolffs Bureau verbreitet das folgende Dementi:
In verschiedenen Zeitungen sind Nachrichten verbreitet, daß im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen mit Vertretern der Gewerkschaften, der Landwirtschaft, der Müller, des Handels usw. stattgefunden hätten, wobei man zu der Erkenntnis gekommen sei, daß wir zur Sicherung der Brotversorgung nicht 2, sondern 3 Millionen Tonnen Getreide aus dem Auslande benötigen, daß ferner nach einem Vorschlage des Reichsernährungsministers der Ankauf des gesamten Auslandsgetreides zu monopolisieren, dafür aber das Inlandsgetreide freizugeben sei. Diese Angaben sind völlig unzutreffend. Vor allem ist es unrichtig, daß die Verhandlungen die Notwendigkeit einer Einfuhr von 3 Millionen Tonnen ergeben hätten, und daß der Minister den Vorschlag gemacht hätte, die zur Zeit bestehende Zentralisierung der Getreideeinfuhr aus dem Auslande in ein Monopol umzuwandeln, das Inlandsgetreide aber freizugeben. Der Minister hat im Gegenteil wiederholt erklärt, daß zur Zeit an eine Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides nicht zu denken sei.

Dieses Dementi ist ein unerhörter Versuch, die grausame Wahrheit dem deutschen Volke zu verhehlen, daß die Politik des Ministers gegen die Ernährung Herms zur furchtbaren Hungerkatastrophe treibt. Die Angaben, die er hier widerrufen läßt, hat er in der besagten Botsprechung ganz unmissverständlich gemacht — dafür sind Ohrenzapfen genug vorhanden. Außerdem bestätigt ein Artikel der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus das Deutlichste, daß die Ausführungen des Ministers so gelaunt haben, wie er es jetzt nicht mehr wahr haben will.

Was soll diese unverantwortliche Verleumdungspolitik? Das System Herms, das die bürgerlichen Parteien stützen, ist ebenso fieberlich und leichfertiger wie gefährlich.

Der Reichstag muß ungeachtet unzweideutiger Aufklärung über dieses unerhörte Manöver fordern — das deutsche Volk muß die Wahrheit wissen!

Lenin und Trozki über die nächsten Aufgaben Rußlands.

Berlin, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Rote Fahne meldet aus Stockholm: In einer Versammlung der Organisatoren der kommunistischen Zellen in Moskau erklärte Lenin die Bedeutung des Dekrets, das Ausländern das Recht gibt, die Reichtümer des Landes zu bearbeiten. Trozki teilte mit, daß die Rote Armee nach der Liquidation der Armee Wrangels auch Aufgaben der Arbeit erhalten werde. Die Rote Armee werde die ganze Zeit kampfbereit bleiben müssen, weil Rußland vor Ueberfällen seitens der Bourgeoisie des Westens nicht sicher ist. Um die wirtschaftliche Lage der Fabriken zu verbessern, werden die qualifizierten Arbeiter aus der Armee herausgenommen und an die Arbeitsfront gestellt werden. Die Armee, verkleinert an Zahl, wird in qualitativer Hinsicht wachsen. „Man muß neue Kurse von roten Kommandeuren eröffnen, man muß die politische Arbeit verstärken, dann werden wir in jedem Augenblick die Revolution verteidigen können.“

Das Ende der weißen Armee Semenov.

Berlin, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Dem Lokalanzeiger wird aus Rotterdam gemeldet: Nach Privatbesuchen des New Rotterdams Currant aus London haben nach längeren Besprechungen an der sibirischen Grenze sämtliche Reste der Truppen des Generals Semenov am Transbaltal, im ganzen 10 000 Mann, das sibirische Gebiet betreten und sind etwa 100 Meilen weit gekommen. Sie werden mit der Bahn nach der Küste befördert. Man erwartet, daß Semenov selber sich dem japanischen Schutz unterstellen wird. Dieser Uebertritt der Truppen bedeutet das Ende des Aufstands der weißen Rußland am Transbaltal, wodurch jetzt das ganze Gebiet der sogenannten Republik des fernem Ostens den Bolschewisten überlassen wird. In Japan herrscht große Erregung über die Aussichten in Ostrußland. Japan hat schon mehr als 90 000 Yen auf Intervention in Sibirien verwandt, die schon viele Menschenleben gekostet hat. Große Kapitalisten sind von Japan dort angelegt worden und würden verloren gehen, wenn Japan dem bolschewistischen Regiment freie Hand ließe. (?)

Eisenbahnerstreik in Norwegen.

Kopenhagen, 1. Dezember. Nach einem Telegramm aus Christiania beschloßen gestern die Eisenbahner, den Streik sofort zu beginnen. Ein Antrag auf Vertagung des Streiks wurde abgelehnt, ebenso alle von privater Seite gemachten Vermittlungsversuche.
Von heute früh an liegt in ganz Norwegen der Eisenbahnenverkehr still.

Die Tagung in London.

Vom 22. bis 27. November hat in London der Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale getagt. Die Bedeutung dieses Kongresses liegt zunächst einmal in der Tatsache, daß auf ihm die Arbeiter Westeuropas vertreten waren, vor allem die Engländer und Franzosen, und dazu die Italiener, also die Arbeiter der Sieger-Länder des Weltkriegs. Zum andern liegt die Bedeutung des Kongresses in seinen Beschlüssen, die in ihrer Formulierung zwar fern von allem Pathos sind, in ihrer praktischen Auswirkung aber die höchste Bedeutung für das gesamte Proletariat haben können, wenn dieses Proletariat eine geschlossene Kampfororganisation bildet. Das ist vorläufig noch nicht der Fall. Die Russen sowohl wie die Amerikaner waren nicht vertreten, und die Delegation der spanischen Gewerkschafter ließ noch wenig von sozialistischem Empfinden verspüren. Da aber innerhalb Europas die Entscheidung im Kampfe um die Sozialisierung der Produktion wesentlich von dem Verhalten der englischen Arbeiter abhängt, so war der Kongreß ein weltausgreifender Schritt diesem Ziele entgegen.

Von höchster Bedeutung aber, und zwar sowohl wirtschaftlich wie vor allem politisch, war die Solidaritätserklärung der französischen Arbeiter mit den deutschen in der Frage des Ruhrgebiets; dem französischen Imperialisismus ist in London der Krieg erklärt worden.

Finden die französischen, die englischen und die deutschen Arbeiter im Verein mit den italienischen die notwendige Kraft und Geschlossenheit, so reißt sich in Europa die Kraft empor, die jedweden Imperialismus den Garaus zu machen imstande und damit der Welt einen wirklichen und dauernden Frieden zu geben vermag. Einen Frieden, der nicht auf dem Wirtschaftsboden des Kapitalismus ruht, sondern auf dem festen Friedensfundament der sozialistischen Produktionsweise.

Ueber die Sitzung wird uns von der Genossin Tong Sender aus London geschrieben:

Die außerordentlich reiche Tagesordnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses mußte in dem knappen Zeitraum einer einwöchigen Tagung ihre Erledigung finden. Wohl war durch die Vorlage eingehender schriftlicher Referate schon dem Zeitverlust durch ausführliche Darlegung der Referenten vorgebeugt, so daß diese sich mit knappen Ergänzungen begnügen und dadurch auch die Diskussionsredner noch zu Worte kommen lassen konnten. Auch hatten die für jede einzelne Frage eingesetzten Kommissionen, in denen jeweils fast alle Länder vertreten waren, wertvolle Vorarbeit geleistet. Als ganz besonders erfreulichen Fortschritt mußte man ja auch an sich die ganze Gestaltung der Tagesordnung begrüßen, da zum erstenmal auf einem internationalen Gewerkschaftskongreß man sich fast ausschließlich mit den großen wirtschaftlichen und politischen Problemen der Gegenwart beschäftigte. Aber man darf sich dabei doch nicht verhehlen, daß man in dem knappen Zeitraum von acht Tagen nicht die überaus schwierigen und umstrittenen Probleme der Valutakrise, Rohstoffversorgung, Gewerkschaftstaktik, Sozialisierung usw. vollkommen erschöpfend und in der wohl von allen gewünschten tiefgehenden Gründlichkeit behandeln und dadurch solche Entscheidungen vorschlagen kann, die eine in allen Fragen vollauf befriedigende Lösung darstellen. Darum darf man wohl wünschen, daß man sich für die folgenden Tagungen auf die Festlegung einer kürzeren Tagesordnung beschränken und dadurch die Möglichkeit geben möge, noch größere Klarheit und Verständigung über einige grundlegende Fragen herbeizuführen.

Dies scheint uns speziell für die Valutafrage und die Rohstoffversorgung erforderlich. Denn während die Resolution über die Rohstoffversorgung in ihrem einseitigen grundsätzlichen Teil scharf und präzise die Ursache der herrschenden Krise zeichnet und ihre Beseitigung lediglich der Aktion der internationalen Gewerkschaftsorganisationen zuschreibt, wird doch in der Schlussfolgerung das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbunds beauftragt, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt zwecks Errichtung einer entsprechenden Organisation in Verbindung zu setzen, die die Rohstoffverteilung international regeln solle. Nehuliches gilt für die zur Valutafrage angenommene Entscheidung.

Diese Auftragserteilung an das Internationale Arbeitsamt steht in einem gewissen Widerspruch zu der in der Frage des Achtstundentages angenommenen Resolution, die ein direktes Ultimatum an das Arbeitsamt darstellt, mit dem jede weitere Verbindung abgelehnt wird, falls es nicht die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist erreichen sollte. Das kann die Einseitigkeit des definitiven Bruchs mit dem Arbeitsamt bedeuten. Warum aber teilt man dann diesem selben Arbeitsamt weitere, viel bedeutendere Aufgaben zu, die weil den Rahmen derjenigen Obliegenheiten überschreiten würden, die ihm ursprünglich zugewiesen waren und zu deren Durchführung es wohl nicht mehr Autorität aufbringen dürfte, als für die Durch-